

## »» Berufsbildung im Sog von Corona: In der Krise an die Fachkräfte von morgen denken!

Nr. 288, 11. Mai 2020

Autoren: Dr. Stephan Brand, Telefon 069 7431-6257, stephan.brand@kfw.de  
Dr. Arne Leifels, Telefon 069 7431-4861, arne.leifels@kfw.de  
Dr. Johannes Steinbrecher, Telefon 069 7431-2306, johannes.steinbrecher@kfw.de

Die Corona-Krise und der damit verbundene Einbruch der Wirtschaft werden auch Auswirkungen auf die Auszubildenden und Berufsanfänger haben. Es ist zu befürchten, dass sich die Zahl der Ausbildungsplätze oder der Übernahmen reduziert. In Anbetracht des Fachkräftemangels in vielen Branchen wäre dies langfristig sowohl für die Berufsperspektiven junger Menschen als auch für die Nachwuchsrekrutierung vieler Firmen von Nachteil. Gerade der öffentliche Dienst kann einer derartigen Entwicklung entgegenwirken und sie sogar als Chance begreifen. Wenn jetzt Maßnahmen ergriffen werden, Ausbildungsstellen zu erhalten und für junge Menschen attraktiv zu halten, können alle Seiten gestärkt aus dieser Krise herauskommen.

Mit der schrittweisen Öffnung der Schulen nach dem „Corona-Lockdown“ bereiten sich gegenwärtig bis zu 1,1 Mio. Schüler auf ihre Abschlussprüfungen vor.<sup>1</sup> Darüber hinaus müssen im Jahr 2020 fast 400.000 Prüfungen in der beruflichen Bildung absolviert werden.<sup>2</sup> Insgesamt stellt sich somit in Kürze für fast 1,5 Mio. junge Menschen die Frage nach der beruflichen Zukunft. Dabei werden sich für viele in diesem Jahr vermutlich nicht nur die Prüfungsbedingungen, sondern auch die beruflichen Perspektiven deutlich anders als in den vorangegangenen Jahren darstellen.

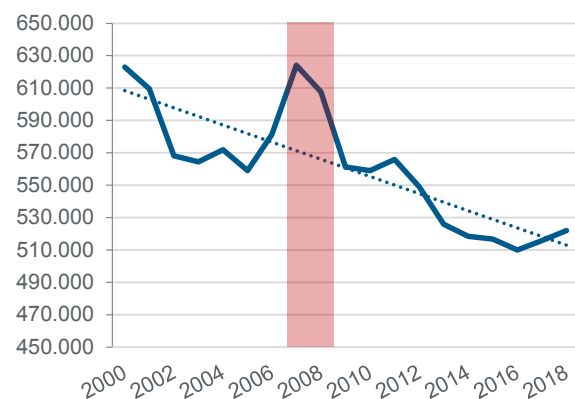
### Anzahl der Ausbildungsplätze dürfte sinken

Die Corona-Krise hinterlässt gegenwärtig deutliche Spuren in der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und der Welt.<sup>3</sup> Die Folgen sind auch auf dem Arbeitsmarkt spürbar. Nach aktuellen Umfragen haben bislang fast 55 % der Unternehmen Kurzarbeit beantragt.<sup>4</sup> Mit bis zu 10 Mio. angezeigten Arbeitnehmern in Kurzarbeit ist das Niveau der Finanzkrise 2008/2009 im April 2020 bereits um ein Vielfaches übertroffen.<sup>5</sup> Diese Entwicklung wird auch Auswirkungen auf die Berufsausbildung haben. Betrachtet man zum Vergleich die Entwicklung während der letzten Finanzkrise, zeigt sich ein deutlicher Einbruch der Ausbildungszahlen in den Krisenjahren 2008 und 2009 (Grafik 1).

Natürlich gab es neben der Finanzkrise auch andere Gründe, warum die Ausbildungszahlen zurückgingen. Insbesondere der Trend zur akademischen Ausbildung und allgemein sinkende Schülerzahlen ließen die Ausbildungszahlen über Jahre sinken.<sup>6</sup> Dennoch ist die Abweichung vom allgemeinen Trend in der Krise deutlich spürbar. Sank die Zahl der abgeschlossenen Berufsausbildungsverträge zwischen 2000 und 2018 im Mittel um rd. 6.000 Verträge pro Jahr, betrug der Rückgang allein im Krisenjahr 2009 fast 50.000 Verträge.<sup>7</sup>

Ein ähnlicher Effekt ist auch für die gegenwärtige Krise zu vermuten, wobei erste Einschätzungen davon ausgehen, dass der Verlust an Ausbildungsplätzen sogar noch höher ausfallen dürfte.<sup>8</sup> So ist es nicht überraschend, dass eine aktuelle Umfrage des Zentralverbands des deutschen Handwerks offenbart, dass rund ein Viertel der Betriebe zukünftig weniger Auszubildende einstellen möchte. Kaum ein Unternehmen plant hingegen zusätzliche Ausbildungsplätze für die nächsten Jahre.<sup>9</sup>

### Grafik 1: Starker Einbruch der abgeschlossenen Ausbildungsverträge in der vergangenen Krise



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung.

Wie angespannt die Lage bei vielen Unternehmen ist, zeigt sich auch daran, dass zunehmend selbst für Auszubildende Kurzarbeit in Erwägung gezogen wird. Bislang sind die gesetzlichen Hürden dafür sehr hoch und selbst bei einer unvermeidlichen Unterbrechung der Ausbildung haben die Auszubildenden zunächst für mindestens sechs Wochen Anspruch auf Zahlung der vollen Ausbildungsvergütung.<sup>10</sup>

Um zu verhindern, dass Unternehmen in wirtschaftlicher Not letztendlich ihren Auszubildenden deshalb sogar kündigen müssen, fordern die Industrie- und Handelskammer (IHK) sowie der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) auch für Auszubildende Kurzarbeitergeld zu ermöglichen.<sup>11</sup> Bedenkt man, dass über 85 % der Auszubildenden in Branchen dieser beiden Kammern ihre Berufe erlernen,<sup>12</sup> wird deutlich, welchen Belastungen Ausbildungsbetriebe und damit auch die Auszubildenden gegenwärtig ausgesetzt sind.

Denn auch wenn für Auszubildende in bestehenden Ausbildungsverhältnissen Kurzarbeitergeld in der Krise die Existenz des Ausbildungsbetriebs und damit auch den Fortgang

der Ausbildung sichern kann, können die finanziellen Einschränkungen durch Kurzarbeit für Auszubildende schnell existenzbedrohend werden.<sup>13</sup> Und mit der Krise trüben sich nicht nur die gegenwärtigen, sondern auch die zukünftigen Berufsperspektiven ein.<sup>14</sup> Je mehr Unternehmen existenzielle Schwierigkeiten befürchten, desto weniger werden sie nicht nur nicht bereit sein, neue Auszubildende einzustellen, sondern auch, erfolgreiche Ausbildungsabsolventen zu übernehmen.

**Brüche in der Berufsausbildung gefährden auch die zukünftige Fachkräftesicherung**

Mit Blick auf die Fachkräftesicherung zeigen sich neben der kurzfristigen Existenzbedrohung für Betriebe somit auch substantielle langfristige Risiken der Corona-Krise für die deutsche Wirtschaft.

Gerade im Mittelstand beklagen viele Unternehmen bereits gegenwärtig zunehmende Fachkräftengpässe.<sup>15</sup> Gleiches gilt für das Handwerk.<sup>16</sup> Trüben sich jetzt die Rahmenbedingungen für die firmeninterne Fachkräftesicherung ein, dürften sich die Fachkräfteprobleme vieler Unternehmen noch früher bzw. intensiver als befürchtet bemerkbar machen.

Besorgniserregend dabei ist, dass die Ausbildungsquote tendenziell auch in den Bundesländern höher ist, die nun durch Kurzarbeit stärker betroffen sind (Grafik 2).<sup>17</sup> Fast 50 % aller Auszubildenden<sup>18</sup> lernen ihren Beruf in Bundesländern mit gegenwärtig überdurchschnittlich hoher Kurzarbeit. Dort, wo die Berufsausbildung offensichtlich eine größere Rolle bei der Fachkräftestrategie spielt, scheint der gegenwärtige Druck auf den Arbeitsmarkt somit besonders hoch zu sein. Etablierte Strategien der Fachkräftesicherungen könnten in diesem Umfeld durch die Krise somit deutlich erschwert oder sogar unmöglich werden.

**Die Krise kann auch Chance sein, vor allem für systemrelevante Berufe und den öffentlichen Dienst**

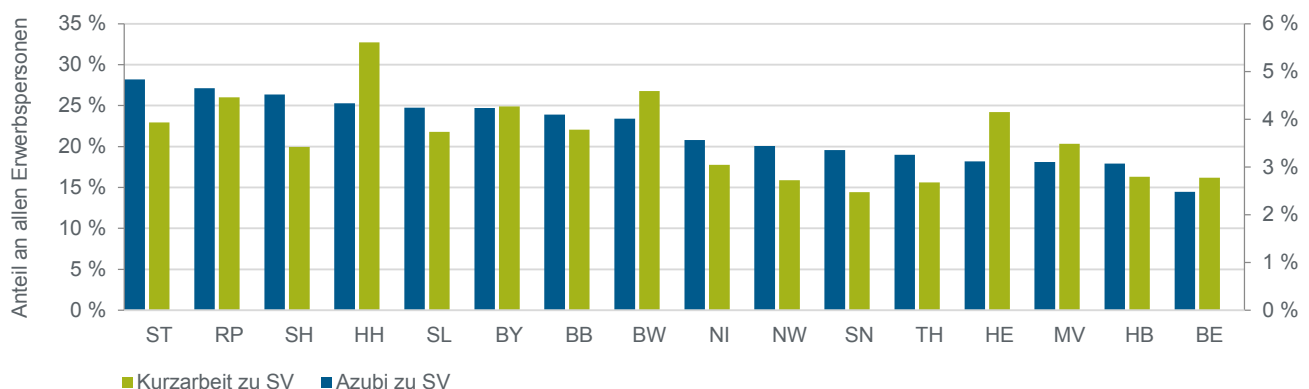
Allerdings könnte in der Krise für einige Branchen auch eine Chance liegen, sich dringend benötigte Fachkräfte zu sichern. Insbesondere die so genannten „systemrelevanten“

Berufe haben in den vergangenen Monaten einen deutlichen Reputationsgewinn erfahren. In diesen Berufen arbeiten laut einer Schätzung des Bundesinstituts für Berufsbildung über 8 Mio. Menschen. Die Hälfte davon sind Fachkräfte mit einem Berufsabschluss.<sup>19</sup> In 11 der 51 Branchen, in denen die Autoren systemrelevante Berufe verorten, werden bereits gegenwärtig Fachkräftengpässe konstatiert, für das Jahr 2035 gilt dies sogar für 20 der 51 Wirtschaftsbereiche. Für Auszubildende böten sich hier Möglichkeiten, in gesellschaftlich relevanten und auch perspektivisch sicheren Branchen Fuß zu fassen. Gelingt es diesen Branchen, diese Perspektiven zu vermitteln, könnten sie gegenwärtig von einer gestiegenen Reputation und einem sinkenden Wettbewerbsdruck durch andere Branchen profitieren und ihre Fachkräftesituation durch die Gewinnung Auszubildender und anderer Absolventen bzw. Fachkräfte verbessern.

Eine Chance könnte die Krise damit auch für den öffentlichen Dienst sein. Dieser steht einerseits in immer schärferen Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte, z. B. im IT-Bereich.<sup>20</sup> Andererseits weist der öffentliche Dienst auch eine deutlich höhere Altersstruktur als die Gesamtheit aller Beschäftigten auf. Das bedeutet, dass hier früher als in anderen Branchen ausscheidende Fachkräfte ersetzt werden müssen. Für die Kommunalverwaltung, die in jeder größeren Stadt und Gemeinde und jedem Landkreis zentrale Funktionen der Daseinsvorsorge erfüllt, gilt dies im besonderen Maß: 30 % der kommunalen Belegschaft waren im Jahr 2018 bereits 55 Jahre oder älter (Grafik 3).

Dazu kommt, dass in vielen zentralen Verwaltungsbereichen in den vergangenen Jahrzehnten Personal abgebaut wurde, dass heute bzw. perspektivisch fehlt.<sup>21</sup> In der Konsequenz zählen bereits heute Personalengpässe neben knappen Finanzmitteln zu den größten Investitionshemmnissen der Kommunalverwaltungen.<sup>22</sup> Gleiches gilt für die Digitalisierung in Kommunen.<sup>23</sup> So wird beispielsweise die schleppende Umsetzung von IT-Maßnahmen in Schulen und der zögerliche Abruf von Fördermitteln aus dem Digitalpakt auch mit den begrenzten Personalkapazitäten in den Rathäusern erklärt.<sup>24</sup>

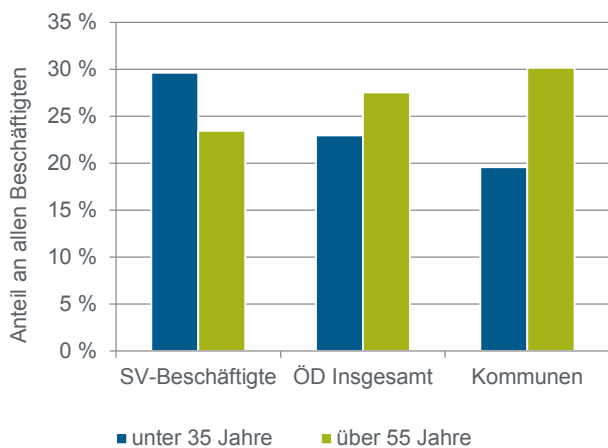
**Grafik 2: Hohe Kurzarbeitsquoten tendenziell auch in Regionen mit hoher Berufsausbildungsquote**



Quellen: Bundesagentur für Arbeit sowie Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung, Stand April 2020.

Auch der öffentliche Dienst bietet vielfältige interessante und zukunftsfähige Berufsperspektiven. Und auch für diese Tätigkeiten hat die Krise deren Sicherheit und gesellschaftliche Relevanz verdeutlicht. Diese Vorzüge könnten in der gegenwärtigen Situation ein zentraler Vorteil im Wettbewerb um Fachkräfte sein und dabei auch die noch häufig signifikanten Gehaltsunterschiede zur Privatwirtschaft zumindest teilweise ausgleichen.<sup>25</sup> Die Berufsausbildung könnte dabei einen wertvollen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten.<sup>26</sup>

**Grafik 3: Demografischer Handlungsbedarf im öffentlichen Dienst am größten**



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung.

**Fazit**

Dem Druck der Corona-Krise auf den Arbeitsmarkt kann sich auch die Berufsausbildung in Deutschland nicht entziehen: Leiden die Ausbildungsbetriebe, hat das Folgen für das Angebot an Ausbildungs- und Übernahmekapazitäten für Absolventen. Gerade mit Blick auf die Fachkräftesituation in Deutschland gilt es deshalb, den aktuellen Krisenschock nicht auf die Berufsbildung durchschlagen zu lassen. Deutschland braucht gut ausgebildete Fachkräfte, je eher desto besser. Eine „verlorene Generation“ an Absolventen kann und darf man sich nicht leisten.

Strukturelle Hemmnisse der Berufsausbildung, insbesondere aufseiten der ausbildenden Unternehmen, sollten deshalb unmittelbar politisch adressiert werden. Dies könnte beispielsweise durch kurzfristige Unterstützungen wie die in Sachsen vorgestellten Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung für Unternehmen mit Kurzarbeit erreicht werden.<sup>27</sup> Auch Möglichkeiten, Auszubildende in Krisenzeiten temporär in anderen Betrieben einsetzen zu können, würde Druck von den Ausbildungsbetrieben nehmen.<sup>28</sup> Darüber hinaus sollten auch die Weiterbildungsmöglichkeiten während Krisen (und Kurzarbeit) geprüft und ggf. optimiert werden. Allein mit Blick auf die Digitalkompetenzen der Belegschaft zeigen sich immer noch hohe Bedarfe der Unternehmen und damit auch hohe Weiterbildungspotenziale für die Belegschaft.<sup>29</sup>

Gerade der öffentliche Dienst und andere systemrelevante Berufe sollten nach Möglichkeit die durch die Krise gestiegene Aufmerksamkeit und Wertschätzung nutzen, um ihre Fachkräftesituation zu verbessern. Das würde nicht nur für die aktuelle Absolventengeneration eine Erleichterung bedeuten, sondern auch einen Beitrag zur Sicherung der zukünftigen Funktionsfähigkeit wichtiger Branchen leisten.

Es mangelt Deutschland also weder an einem leistungsfähigen Berufsbildungssystem, noch an Bedarf an ausgebildeten Fachkräften. Deshalb ist es so wichtig, nun alle nötigen Kräfte zu mobilisieren, um das Bildungssystem und damit den nötigen Fachkräftenachschub möglichst reibungslos am Laufen zu halten. Denn letztendlich ist eine störungsfreie Berufsausbildung im Interesse aller: der Unternehmen, der Politik, der Steuerzahler und natürlich der Absolventen.

Folgen Sie KfW Research auf **Twitter**.

Oder abonnieren Sie unseren kostenlosen E-Mail-Newsletter, und Sie verpassen keine Publikation.

**Zur Anmeldung**

<sup>1</sup> Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 14.04.2020: [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/04/PD20\\_131\\_211.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/04/PD20_131_211.html)

<sup>2</sup> Eigene Schätzung auf Basis der Daten des Statistischen Bundesamtes (2019): Fachserie 11 Reihe 3.

<sup>3</sup> Die Bundesregierung rechnet in ihrer Frühjahrsprojektion mit einem wirtschaftlichen Einbruch um 6,3 % im Jahr 2020. Vgl. Pressemitteilung des BMWi vom 29.04.2020: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2020/20200429-altmaier-corona-pandemie-fuehrt-wirtschaft-in-rezession.html>.

<sup>4</sup> <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/beitrag/thomas-schleiermacher-oliver-stettes-kurzarbeit-wichtigstes-instrument-in-der-krise.html> oder <https://www.ifo.de/node/55086>.

<sup>5</sup> Entwicklung des Arbeitsmarkts 2020 in Deutschland, Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit, vom 23.04.2020. <https://www.arbeitsagentur.de/news/arbeitsmarkt-2020>

<sup>6</sup> Leifels, A. (2019): **Azubi-Zuwachs ist nur Momentaufnahme**, Volkswirtschaft Kompakt Nr. 183, KfW Research.

<sup>7</sup> Eigene Berechnung auf Grundlage des Statistischen Bundesamtes (2019): Fachserie 11 Reihe 3.

<sup>8</sup> Vgl. Müller, M. (2020): Aktuelle Auswirkungen von Corona auf den Arbeitsmarkt, Volkswirtschaft Kompakt, KfW Research im Erscheinen.

<sup>9</sup> Vgl. ZDH-Betriebsbefragung zur Corona-Pandemie, Ergebnisse vom 30.04.2020: [https://www.zdh.de/fileadmin/user\\_upload/themen/wirtschaft/sonderumfragen/CORONA/200430\\_Auswertung\\_Corona\\_3\\_Welle\\_final\\_\\_1\\_.pdf](https://www.zdh.de/fileadmin/user_upload/themen/wirtschaft/sonderumfragen/CORONA/200430_Auswertung_Corona_3_Welle_final__1_.pdf).

<sup>10</sup> Siehe § 19 Absatz 1 Nr. 2 BbIG.

<sup>11</sup> Vgl. <https://www.welt.de/wirtschaft/article206859917/Handwerk-fordert-Kurzarbeit-auch-fuer-Auszubildende.html>.

<sup>12</sup> Laut Statistischem Bundesamt entfielen von rd. 1,3 Mio. Auszubildenden im Jahr 2018 rd. 770.000 auf „Industrie und Handel“ sowie weitere rd. 370.000 auf das Handwerk. Vgl. dazu Fachserie 11, Reihe 3, Berufliche Bildung vom August 2019.

<sup>13</sup> <https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-03/corona-krise-auszubildende-kurzarbeit-pruefungen-berufsschule>

<sup>14</sup> Brüche in der frühen Erwerbs- und Bildungsbiographie können langfristig erhebliche Chancennachteile und damit individuelle Entwicklungsrisiken bedeuten, die auch gesellschaftliche Kosten nach sich ziehen, siehe bspw. Piopiunik, M. und L. Weißmann, L. (2011): Folgekosten unzureichender Bildung durch entgangenes Wirtschaftswachstum, Wirtschaftsdienst H. 13, S. 34ff. oder Allmendinger, J., Giesecke, J. und D. Oberschachtsiek (2011): Unzureichende Bildung: Folgekosten für die öffentlichen Haushalte, Hrsg. Bertelsmann Stiftung.

<sup>15</sup> Vgl. Leifels, A. (2018): **Viele Stellen, wenige Bewerber: Der Mittelstand erwartet Fachkräftemangel**, Fokus Volkswirtschaft Nr. 232, KfW Research.

<sup>16</sup> Vgl. <https://www.tagesschau.de/investigativ/swr/umfrage-handwerk-101.html>

<sup>17</sup> Basis für die Berechnungen ist die angezeigte Kurzarbeit (Stand April 2020) und die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Stand Februar 2020) nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit. Die Ausbildungszahlen basieren auf Angaben des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2018 (aktuellster Stand der Statistik) zum Veröffentlichungszeitraum.

<sup>18</sup> Geschätzt anhand der Auszubildendenzahlen der amtlichen Statistik für das Jahr 2018 und der Kurzarbeitsmeldungen für März 2020 der Bundesagentur für Arbeit.

<sup>19</sup> Helmrich, R., Kalinowski, M. und U. Braun (2020): Bedeutung und Beitrag der Berufsbildung in der Krise, BIBB-Preprint, April 2020.

<sup>20</sup> Vgl. Steinbrecher et al. (2018): **Viele bunte Smarties?! Die Smart City als Lösung kommunaler Herausforderungen?** Fokus Volkswirtschaft Nr. 204, KfW Research sowie Brand, S. und J. Steinbrecher (2019): Digitalisierung in Kommunen: leichter gesagt als getan, Fokus Volkswirtschaft Nr. 276. KfW Research.

<sup>21</sup> Vgl. Brand, S. und J. Steinbrecher (2016): **Erst mehr Geld und jetzt mehr Personal – was benötigen Kommunen für Investitionen?** KfW Fokus Volkswirtschaft Nr. 151, KfW Research.

<sup>22</sup> Vgl. Krone, E. und H. Scheller (2019): **KfW-Kommunalpanel 2019**, Hrsg. KfW Research.

<sup>23</sup> Brand, S. und J. Steinbrecher (2019): a. a. O.

<sup>24</sup> Brand, S. und J. Steinbrecher (2018): Gut Ding will Weile haben! Warum rufen Kommunen Fördermittel nur zögerlich ab? Volkswirtschaft Kompakt Nr. 168, KfW Research.

<sup>25</sup> So zeigten sich in den vergangenen Jahren beispielsweise bei IT-Experten insbesondere für berufserfahrene Fachkräfte Gehaltsnachteile des öffentlichen Dienstes von deutlich über 10 %. Vgl. Steinbrecher et al. (2018): a. a. O.

<sup>26</sup> Elsner, M. (Hrsg.): Berufliche Bildung im Öffentlichen Dienst – Zukunft aktiv gestalten, Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn 2020.

<sup>27</sup> Vgl. <https://www.mdr.de/sachsen/corona-hilfen-land-lehrlinge-ausbildung-betriebe-kurzarbeit-100.html>

<sup>28</sup> Vgl. <https://www.welt.de/wirtschaft/article206859917/Handwerk-fordert-Kurzarbeit-auch-fuer-Auszubildende.html>.

<sup>29</sup> Vgl. Leifels, A. (2020): **Mangel an Digitalkompetenzen bremst Digitalisierung des Mittelstands – Ausweg Weiterbildung?** Fokus Volkswirtschaft Nr. 277, KfW Research.